

Sozialläden – ein Pflaster für die Krise?

Kyra
Fischbach

Man hat es uns schon oft genug gesagt: Ja, Armut ist auch hierzulande ein Problem. Aber ist es so schlimm geworden in letzter Zeit, dass eine beträchtliche Anzahl von Bürgern sich keine Einkäufe zu handelsüblichen Preisen mehr leisten können?

Auf unsere Nachfrage bei Professionellen des Sektors wird uns bestätigt, dass es schon immer ein Problem dieser Art gegeben habe: vorher habe man den Leuten „bons alimentaires“ ausgeteilt, mit denen sie in regulären Supermärkten ihre Besorgungen erledigen konnten. Die Krise habe das Problem allerdings akzentuiert: Menschen, die vor einem Jahr ihre Arbeit verloren hätten oder Kurzzeit arbeiten müssen, würden dies heute deutlich spüren. Abrutschen in Armut und Not kann man aus ganz verschiedenen Gründen: plötzliche Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Trennung, Verkürzung der Arbeitszeit, Streichung von Bonuszahlungen, Verschuldungen usw. Meist wird dies erst mit einiger Zeitverschiebung sichtbar, die Krise hat letztes Jahr manche erwischt, die heute wirtschaftlich geschwächt da stehen.

Extrem hohe Wohnkosten und eine starke Verschuldung der privaten Haushalte erhöhen das Armutsrisiko. Gerät man erst einmal in einen finanziellen Engpass, wird es schwierig die Raten aufzutreiben, oft bleibt den Familien dann nicht mehr genug um ein würdiges Leben zu führen. Die meisten haben zwar einige Ersparnisse, die sind im Falle einer Notlage aber schnell aufgebraucht, und obwohl sie es anfangs alleine schaffen wollen, bleibt der Besuch auf dem Sozialamt nach einigen Monaten meist nicht aus.

Der Generalsekretär der Caritas, Philipp Streff, meint, dass sich in nächster Zeit gerade solche Fälle häufen werden, die bereits vor einem Jahr durch die Krise in eine missliche Lage geraten sind, sich aber bis jetzt noch über Wasser halten konnten. Umso dringlicher sei der Einsatz von Sozialläden für armutsgefährdete Menschen.

Im Zusammenhang mit der Eröffnung der ersten Läden in Esch und Differdange, aber auch der

„Cent Buttek“ in Bettembourg ist der Begriff „armutsgefährdet“ oft gefallen. Aber was genau bezeichnet dieser Begriff? Wer oder was entscheidet überhaupt, ab wann jemand als arm gilt?

Ein schwieriger Indikator: „Armutsgefährdung“

Der Begriff „armutsgefährdet“ bezeichnet einen Indikator für Armut; es handelt sich dabei um einen vom europäischen Rat festgelegten Maßstab, der das Armutsrisiko bei 60 % des mittleren Einkommens festlegt (die Größe des Haushalts wird berücksichtigt). Wer sich unterhalb dieser Grenze befindet, wird als armutsgefährdet eingestuft. Der Indikator ist, obwohl europaweit anerkannt, dennoch umstritten. Im Bericht der Statec über Arbeit und soziale Kohäsion von 2009 stellt Serge Allegrezza in der Einleitung fest, dass es an politischen Akteuren sei, die Schwelle zur Armut neu festzulegen und dabei eingehender auf die nationalen Besonderheiten einzugehen, man könnte die Grenze etwa bei 50 % des mittleren Einkommens neu ansetzen.

Hierbei kann man durchaus von einem heiklen politischen Thema sprechen, denn anhand dieser Statistiken werden die sozialen Minima festgelegt. Nach Allegrezzas Rechnung, hätten wir „nur“ 6,6 % Armut, wohingegen mit der aktuellen Rechnungsmethode 13,4 % 2008 in dieselbe Kategorie fallen. Kritisiert wird an dieser Methode, dass sie allein einen monetären Prozentsatz darstellt, ohne weitere Dimensionen des Problems der Armut zu erfassen. Außerdem ist es ein schwieriges Unterfangen eine feste Grenze zwischen arm und nicht mehr arm festzulegen.

Das Konzept der „épicerie sociale“

Die Initiatoren des Projekts der Sozialläden scheinen es eilig gehabt zu haben: vom Konzept zur praktischen Umsetzung sind nur einige Monate vergangen. Zudem sind die beiden Sozialläden und der „Cent Buttek“ praktisch gleichzeitig entstanden. Der Bedarf muss also dringend sein.

**Die Aufnahme-
fähigkeit der
Läden begrenzt
und der Zutritt
soll den Menschen
vorbehalten
bleiben, die diese
Unterstützung
am dringendsten
benötigen.**

Die Initiativen unterscheiden sich durch die Herangehensweise. Im Fall von Caritas und Croix-Rouge handelt es sich um ein professionelles Netzwerk, das mit dem „Fairness Center“ in Esch oder der „Croix-Rouge Buttek“ in Differdange, auf bestehende Strukturen aufbaut. Für diesen beiden Läden, die den Anfang einer ganzen Reihe von solchen Einrichtungen bilden sollen (12 bis 15 sind für die Zukunft geplant, 4 allein in diesem Jahr) gilt das gleiche Prinzip: jeder Artikel hat zwar einen Preis, dieser unterscheidet sich aber deutlich vom handelsüblichen (1/3 bis zu 1/5 des Preises). Zudem wird Wert auf ein Basis-Warensortiment gelegt: Alles was für die Wahrung der Grundbedürfnisse und der Hygiene gebraucht wird, soll hier verkauft werden.

Eine eigens für diesen Zweck gegründete asbl, die „Spëndchen“, sorgt für die logistische Betreuung der beiden Läden. Die große Herausforderung des Projekts ist die Beschaffung von Lebensmitteln und Hygieneartikeln. Ziel ist es, durch Patenschaften und Spenden so wenig wie möglich zusätzliches Budget aufwenden zu müssen: Keine einfache Aufgabe; momentan müssen etwa noch 60 % der Waren eingekauft werden, die dann oft zu noch günstigeren Preisen weiter verkauft werden.

Ganz anders die Idee des „Cent Buttek“. Dieser Laden in Bettembourg, der von einem neu gegründeten Verein eröffnet wurde, handelt nach dem Prinzip „es wird nichts verschwendet“ und verteilt bald ablaufende oder kürzlich abgelaufene, aber immer noch genießbare Speisen gratis. Abgegeben werden die Waren von Supermärkten der Gegend, die freiwilligen Helfer des Vereins kümmern sich um die Abholung – ganz nach dem Prinzip der „Tafel“, wie es sie auch in unseren Nachbarländern gibt.

Wer darf hier einkaufen?

Nicht jedem ist der Zutritt zu den Sozialläden gewährt. Zuerst muss das Sozialamt seine Einwilligung in Form einer Kundenkarte geben, die festsetzt, für welchen Betrag die oder der Kunde/in einkaufen darf und die er oder sie im Laden vorzeigen muss.

Zudem ist die Aufnahmefähigkeit der Läden begrenzt und der Zutritt soll den Menschen vorbehalten bleiben, die diese Unterstützung am dringendsten benötigen, deswegen ein kontrollierter Eintritt. Bis jetzt sind auch nur die Einwohner der jeweiligen Gemeinden zugelassen, d. h. Esch und Differdange, dies soll aber auf Dauer nicht so bleiben. In Esch wird schon über eine Ausdehnung auf die Nachbargemeinden nachgedacht.

Der Zugriff auf die Sozialläden wird als Übergangslösung gesehen: der Zutritt wird erst einmal auf beschränkte Zeit gewährleistet. Es stellt sich in diesem Zusammenhang aber die Frage, wie die Menschen anschließend reagieren werden, wenn sie wieder in anderen Läden die marktüblichen Preise zahlen müssen.

Soziale Isolierung

Vor allem Menschen, die bisher noch nicht auf solche Dienste angewiesen waren, empfinden vermutlich gewisse Hemmungen, die Tür eines solchen Ladens aufzustoßen.

Andere kennen hier weniger Berührungsängste, sie haben sich vielleicht schon an ihre Situation „gewöhnt“ und suchen nach kurz- und langfristigen Lösungen für ihre Probleme, oft ist ihre Not wahrscheinlich auch zu groß.

Günstig ist in diesem Zusammenhang, dass die neuen Geschäfte in Esch und Differdange in bestehende Strukturen integriert sind. Da bspw. die „Kleederbuttek“ der Caritas in Esch für alle offen steht, ist jemand, der in die „épicerie sociale“ einkaufen geht, nicht gleich als Kunde des Ladens abgestempelt. Die Mitarbeiter haben dennoch festgestellt, dass die Leute sehr verschieden auf die Situation reagieren. Einige suchen geradezu Kontakt, andere vermeiden diesen und verlassen nach Tätigung des Einkaufs schnell wieder das Gebäude. Deutlich wurde vor allem, so die Mitarbeiter, dass Menschen mit luxemburgischen Wurzeln oder solche, die schon lange hier leben, mehr Probleme mit dem Umstand haben in einer „sozialen Epicerie“ einkaufen zu müssen.

Was zum Leben übrig bleibt

Einen Job und sogar eine Ausbildung haben und dennoch seine Familie nicht ernähren können – solche Fälle gibt es nicht nur im Ausland. Ein junger Mann, der schon seit 12 Jahren hier lebt, eine Ausbildung zum Bäcker gemacht hat, eine Vollzeitstellung in einer Bäckerei hat, kann seine Frau und sein Kind nicht ausreichend versorgen, er ist daher momentan auf die Einkäufe im Sozialladen angewiesen. Das größte Problem seien die Mieten, die den größten Teil des Einkommens schlucken.

Wenn Initiativen wie die Sozialläden lediglich Pflaster (so das Zauberwort der Verantwortlichen des Projekts) für die Wunden der an den Rand der Gesellschaft Gedrängten sind, was sind dann wirkliche heilende Alternativen?

Es ist nicht hinzunehmen, dass ein System, das auf Erwerbsarbeit beruht und von deren Besteuerung lebt nicht im Stande ist, seine Bürger zu ernähren. Die Tatsache, dass sogar Menschen die arbeiten, sich die Lebenshaltungskosten in Luxemburg nicht leisten können, gibt einem zu denken. Die immer noch angepriesene „Medizin“, die Arbeitslosigkeit so weit wie möglich zu senken, wird das Problem wahrscheinlich nicht einmal lösen. Es würde sich für ein kleines Land wie Luxemburg sicher lohnen über Alternativen wie das bedingungslose Grundeinkommen nachzudenken. ♦

Die Tatsache, dass sogar Menschen die arbeiten, sich die Lebenshaltungskosten in Luxemburg nicht leisten können, gibt einem zu denken.
